

**EIDG. ABSTIMMUNG VOM 13. FEBRUAR 2011**

*Volksinitiative «Für den Schutz vor Waffengewalt»*

## *Ja für mehr Sicherheit*

Bekanntlich ist Ulrich Schlüer Zürcher SVP Nationalrat. Als einer der massgebenden Parteideologen beschäftigt er sich mit den unterschiedlichsten politischen Themen. So liegt es auf der Hand, dass er sich auch zur Waffenschutz-Initiative zu äussern verpflichtet fühlte. In der Tagespresse wurde er am 8. Dezember zitiert mit der Aussage, dass es unbedingt nötig sei, dass die Armeewaffe zu Hause aufbewahrt werde, um die Schweiz vor Überraschungsangriffen zu schützen, denn von der Überraschung gehe heute die grösste Gefahr aus. Aha!

Vom „Obligatorischen“...

Nach Auffassung ihrer Gegner träge eine Zustimmung von Volk und Kantonen zur Waffenschutz-Initiative ins Herz der Armee. Darum wird bei ihren Argumenten auf das Kernthema kaum eingegangen, man weicht aus, verdrängt oder bagatellisiert. Im Zentrum steht ihre Stellungnahme pro obligatorische Schiessübung, welche der Soldat im Bürgerkleid jährlich zu absolvieren hat. Es ist allerdings nicht so einfach, den Sinn dieser Pflichtübung glaubwürdig zu begründen. Wenn Ueli Maurer sich bei einer Aussage zum «Obligatorischen» auf den Vortrag eines französischen Generals über den Krieg in Afghanistan stützt, wo das Gelände mit demjenigen der Schweiz vergleichbar sei und wo der Soldat auf lange Distanzen treffen müsse, so zeugt das jedenfalls nicht von staatsmännischem Format. Und ob man während des etwa halbstündigen Schiessprogramms die Fertigkeit im Umgang mit dem Gewehr fördert, was ein oft genanntes Argument ist, bezweifeln sogar Leute, welche es wirklich wissen müssen. Für Hans-Ulrich Ernst zum Beispiel, ehemaliger Generalsekretär im ehemaligen EMD, ist das Obligatorische ein alter Zopf und Mythologie. Er spricht sich folgerichtig für die Abschaffung des ausserdienstlichen Schiesswesens aus. Jean-Jacques Chevalley, Divisionär und Ueli Maurers militärpolitischer Berater, erklärte der Presse unter anderem, dass er aus militärischer Sicht Mühe habe zu begründen, weshalb die Waffe zu Hause aufbewahrt werden soll. Die Heimabgabe des Gewehrs sei jedoch ein Zeichen des Vertrauens gegenüber dem Milizsoldaten und daher eine erhaltenswerte Tradition.

... zum Initiativtext

Zeichen des Vertrauens und eine Tradition, die tragischerweise in der Vergangenheit viele Blutopfer forderten. Jährlich sind in der Schweiz rund 300 Tote wegen Waffengewalt zu beklagen, Tote nach einem Mord oder wegen Suizids. Viele mit

einer Armeewaffe. Oft handelt es sich um Familientragedien mit dem Mann als Täter. Erinnert sei an den Fall der ehemaligen Skirennfahrerin Corinne Rey-Bellet und deren Familie im April 2006, eine Tragödie, die in unserem Land grosse Bestürzung hervorrief. Schon lange vorher, nämlich im Jahr 1993, befürworteten 86,3 Prozent der Stimmenden und alle Kantone einen neuen Verfassungsartikel, der den Bund beauftragte, den Missbrauch von Waffen zu bekämpfen. Doch der Volkswille wurde nie umgesetzt. Noch vor vier Jahren lehnte das Parlament alle Vorschläge zur wirksamen Bekämpfung des Waffenmissbrauchs ab. Darum ist diese Initiative unbedingt nötig.

Welches sind ihre Forderungen?

- Die Militärwaffe ist aus dem Schrank zu Hause zu entfernen. Sie gehört in gesicherte Räume der Armee.
- Wer Waffen besitzen und gebrauchen will, muss dafür den Bedarf nachweisen und die nötigen Fähigkeiten mitbringen.
- Überflüssige Waffen, die in Estrichen oder Kellern herumliegen, werden eingesammelt.
- Alle übrigen Waffen werden registriert, was die Verhütung und Verfolgung von Verbrechen verbessert.

Mit diesen Bestimmungen könnten sogar Mitglieder eines Schützenvereins oder Jäger der Initiative zustimmen, denn sie erfüllen die Voraussetzungen.

Stimmen

- Rosmarie Zapfl, Präsidentin Alliance F: «Die Gewalt in der Familie muss beendet werden, darum müssen Frauen und Männer gemeinsam kämpfen – gegen falsch verstandene Männlichkeit und Gewaltverherrlichung.»
- Jean-Pierre Monti, Präsident Polizeiverband fedpol: «Der Zugang zu einem zentralen Register ist für die Ermittlungsarbeit der Polizei von eminenter Bedeutung.»
- Bundesrat: «Unbestritten ist, dass mit einer Reduktion der Verfügbarkeit von Feuerwaffen die Gesamtsuizidrate gesenkt werden kann.»

Dennoch lehnt der Bundesrat die Initiative ab. Simonetta Sommaruga hat das zu vertreten, das ist systembedingt. An der Urne ist sie nicht an die Regeln der Konkordanz gebunden. Dort stimmt sie der Initiative, welche sie als Ständerätin unterstützt hat, zu. Wir schliessen uns an und stimmen JA.

Martin Jäggi



Ursula Wyss

## «Bern hat eine faszinierende Vielfalt»

Nationalrätin Ursula Wyss will am 13. Februar den Berner Ständeratssitz von Simonetta Sommaruga verteidigen. Im Gespräch erklärt die bestgewählte Nationalrätin aus dem Rot-Grün-Mitte-Lager, weshalb und mit welchen Zielen sie dies tut.

*Du machst Politik seit du 16 bist. Warum eigentlich?*

Ich wollte meine Zukunft mitgestalten und dies nicht einfach den Wirtschaftslobbys



Ursula Wyss

Die 38-Jährige Ökonomin und Nationalrätin lebt mit ihrem Partner Thomas Christen (36), dem 13-jährigen Sohn Julian, dem kleinen Hund Barry und Kater Mikesch in Bern. Zur Familie gehören auch Grosseltern, Geschwister sowie Freundinnen und Freunde. Seit 1999 vertritt sie die Berner Bevölkerung im Nationalrat. Sie engagiert sich in der Kommission für Umwelt, Raumplanung und Energie und in der Finanzkommission. Seit 2006 ist sie Fraktionspräsidentin der SP im Bundeshaus.

überlassen – so würde ich das jedenfalls aus heutiger Sicht interpretieren. Mich beschäftigt auch die Umweltverschmutzung stark. Schon damals ging es mir aber auch um handfeste Anliegen – etwa, dass zwischen Bern und Thun endlich ein Nachtbus fährt (lacht).

*Und warum willst du jetzt Ständerätin werden?*

Ich kandidiere, weil es mir Freude bereitet, im Kontakt mit den Menschen und im partiübergreifenden Austausch nach guten,

mehrheitsfähigen Lösungen zu suchen. Und: Die gesamte Kantonsbevölkerung soll durch ihre zwei Ständeratsmitglieder vertreten sein. Wie wir zwei Beine haben, ein rechtes und ein linkes. Das rechte hat der Kanton Bern bereits im Ständerat, das linke muss nach der Wahl von Simonetta in den Bundesrat ersetzt werden.

*Wirst du gewählt, bist du nicht nur Volks-, sondern auch Kantonsvertreterin...*

Das stimmt – und ich wäre das sehr gerne. «Mein» Kanton Bern fasziniert mich, vor allem seine unglaubliche Vielfalt: Wir haben zwei Landessprachen und zahlreiche verschiedene regionale Kulturen. Bern ist ein ländlich geprägter Kanton, gleichzeitig zeichnet er sich aber mit Biel auch als Industrie- und

Dienstleistungsstandort aus, hat eine stolze Hauptstadtregion oder mit dem Oberland eine beliebte Tourismusdestination. Bern und seine Bewohnerinnen und Bewohner sind sehr vielschichtig – und das ist auch gut so.

*Sind das denn nicht Widersprüche?*

Nein, überhaupt nicht. Ich kenne aus eigener Erfahrung sowohl das Leben in der Stadt als auch auf dem Land. Ich bin in Säriswil und Münsingen aufgewachsen und lebe heute mitten in Bern. Und ich fühle

mich dort genauso zu Hause wie auf dem Land. Wer Stadt und Land gegeneinander ausspielt, erweist beiden einen Bärendienst. Die verschiedenen Regionen haben unter dem Strich mehr gemeinsam, als einige meinen.

*Du machst also Politik für den ganzen Kanton?*

Ja, und zwar nicht bloss regional betrachtet. Die meisten Bernerinnen und Berner sind Mieterinnen und Mieter, Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, Konsumentinnen und Konsumenten. Für sie setze ich mich ein. Ich kämpfe für bezahlbare Mieten, faire Löhne und vernünftige Preise. Aber auch für angemessene Renten und Krankenkassenprämien, die Familien nicht ruinieren. Der soziale Ausgleich ist ganz wichtig, die Schere zwischen Arm und Reich darf sich nicht noch weiter öffnen. Die langfristige Sicherung und Weiterentwicklung unserer Sozialwerke, aber auch eine gerechte Steuerpolitik sind weitere Anliegen, die mir persönlich sehr am Herzen liegen.

*Das ist eine Menge Arbeit – wie lädst du eigentlich deine Batterien wieder auf?*

Wenn ich mit meiner Familie und meinen Freundinnen und Freunden Zeit verbringe, kann ich rasch abschalten. Ich bin halt ein Familienmensch. Im Sommer lasse ich mich gerne schwimmend auf der Aare treiben, im Winter fahre ich mit Vergnügen Ski. Oder ich streife durch den Jura, etwa auf der Suche nach Heidelbeeren. Und gerade weil ich mich sehr gerne und oft in der Natur aufhalte, bin ich über die starke Belastung unserer Umwelt und den sich abzeichnenden Klimawandel besorgt.

*Interview: Stefan Krattiger*

## Ursula Wyss in den Ständerat

Ich kenne Ursula Wyss seit knapp 13 Jahren. Schon als Grossrätin ist sie mir durch ihr breites Wissen und ihr politisches Flair aufgefallen. Man kann sie nicht in eine ideologische Ecke drücken und sie steht offen zu ihren Überzeugungen – nicht immer zur Freude auch des eigenen politischen Lagers. Es hat mich deshalb nicht erstaunt, dass ihre politische Karriere auf nationaler Ebene erfolgreich gewesen ist. Bekanntlich ist Ursula Wyss Chefin der SP-Bundeshausfraktion. Sie muss auch in dieser Funktion die unterschiedlichsten Interessen zusammenbringen, denn eine Fraktion ist ein vielstimmiger Chor. Diesen zum Stimmen

bringen, ist keine einfache Aufgabe. Sie ist keine Lobbyistin von Einzelinteressen, sondern eine Kandidatin für die Mieterschaft, Konsumentinnen und Konsumenten und Arbeitnehmende. Ursula Wyss hat ein hohes ökologisches Bewusstsein und setzt sich für diese Werte ein. Sie ist nicht einfach eine linke Stadtfrau, sondern sie wird vom ganzen links-grünen Spektrum getragen und respektiert und erreicht mit ihren Positionen auch Mitte-links Wählergebnisse. Das zeigen auch ihre sehr guten Wahlergebnisse. Im letzten Polit-Ranking der Sonntags-Zeitung ist Ursula Wyss als einflussreichste

Parlamentarierin in Bern bezeichnet worden. Man mag gegen solche Bewertungen Vorbehalte haben, einfach so gibt es diesen Titel nicht. Unsere Kandidatin ist hochqualifiziert und hat ein ähnliches Profil wie ihre Vorgängerin. Ich bin überzeugt, dass sie dank ihrem Verhandlungsgeschick für den Kanton Bern im Ständerat eine sehr wirkungsvolle Vertreterin wäre. Beide politischen Lager hätten damit weiterhin einen Sitz in der kleinen Kammer. Das hat dem Kanton Bern in den letzten sieben Jahren gut getan. Wählt deshalb Ursula Wyss.

*Bernhard Antener*

Nein zu Mühleberg

## Die Energiewende ist möglich!

Eine nachhaltige und umweltgerechte Energiezukunft ist möglich. Dazu braucht es die richtigen Rahmenbedingungen für die Förderung von Energieeffizienz und erneuerbaren Energien sowie den Druck des Atomausstiegs. Diese wichtigen Weichenstellungen können die Stimmbürgerinnen und Stimmbürger des Kantons im Februar und Mai legen.

Der Kanton Bern hat seit 2006 eine Energiestrategie, die mittelfristig den Ausstieg aus der Atomkraft vorsieht. Vom Energieriesen BKW, der



Flavia Wasserfallen, Politologin, Bern

SP-Grossrätin, Co-Präsidentin der SP Stadt Bern, Mitglied der Kommissionen Energiestrategie und Totalrevision Energiegesetz

mehrheitlich dem Kanton gehört, wird dieses Ziel mit dem geplanten Neubau des AKW Mühleberg jedoch torpediert. Am 13. Februar 2011 kann die Bernische Stimmbewölkerung diese Pläne für einen geplanten Riesen-AKW-Neubau frühzeitig stoppen. Für ein Nein gibt fünf zentrale Gründe:

– Unsichere Finanzierung: Es werden sich gemäss der US-Grossbank Citigroup keine privaten Investoren finden, die ein neues AKW finanzieren – zu hoch sind die finanziellen Risiken. Das Debakel mit Kostenüberschreitungen in Milliardenhöhe beim Bau des neuen AKW in Olkiluoto (Finnland) bestätigt dies. Auch die Regierung des Kantons Bern geht davon aus, dass die geplanten Milliardenkosten für ein AKW Mühleberg bereits nach oben korrigiert werden müssen. Das finanzielle Risiko tragen die Steuerzahlenden.

– Wertschöpfung im Ausland: Die Wertschöpfung beim Bau eines neuen AKW findet vor allem im Ausland statt. Die

teure Atomtechnologie und die führenden Baufirmen kommen aus dem Ausland. Auch der Energieträger Uran wird aus dem Ausland importiert.

– Bremsklotz für Erneuerbare: Solange die Energiekonzerne auf neue AKW setzen, fehlt der Druck zum Umstieg: Erneuerbare Energien und Energieeffizienz haben ein riesiges Potenzial. Das belegen verschiedene Studien. Energie aus Sonne, Wind, Geothermie, Wasser und Biomasse sowie die Entwicklung entsprechender Technologien schaffen und erhalten Hunderte von Arbeitsplätzen in der Region.

– Gefährliches Risiko: Egal, als wie sicher uns die AKW-Technologie verkauft wird: Es kann immer ein Unfall geschehen – die Folgen wären verheerend. Es erstaunt nicht, dass sich keine Versicherung findet, die einen AKW-Unfall abdecken will. Zudem ist das Problem der Endlagerung noch immer ungelöst. Niemand will Atommüll in der eigenen Gemeinde lagern. Wir profitieren 50 Jahre von Atomstrom und hinterlassen 100'000 Jahre gefährlichen Atommüll.

– Krebsfördernde Strahlung: Die Gegend um die Wiederaufbereitungsanlage der Brennstoffe im russischen Majak ist ähnlich stark verseucht wie das Umland von Tschernobyl. Das Uran, das zur Anreicherung von Schweizer Brennstäben verwendet wird, stammt zum Teil aus ehemaligen ostdeutschen Abbaugebieten. Zwischen 1946 und 1990 starben dort mehrere tausend Menschen an Lungenkrebs.

...Ja zum neuen Energiegesetz

Torpediert wird die notwendige Energiewende zudem durch den Angriff der Bürgerlichen auf die Totalrevision des Ener-

giegesetzes. Der Atomausstieg kann nur gelingen, wenn heute massiv auf Energieeffizienz und erneuerbare Energien gesetzt wird. Deshalb ist das neue bernische Energiegesetz dringend notwendig. Kernpunkte sind:

– Gebäudesanierungen werden mit Finanzierungshilfen verstärkt gefördert.  
– Die grössten Stromfresser – Elektroheizungen – werden verboten.  
– Der Gebäudeenergieausweis der Kantone soll für alle Gebäude obligatorisch erklärt werden, die vor 1990 erstellt und seither nicht gesanert wurden

– Um die Sanierungsbeiträge zu finanzieren, soll schliesslich eine befristete Förderabgabe auf Strom eingeführt werden. Der Beweis ist erbracht: Erste Plusenergiehäuser produzieren mehr Energie als die Bewohnerinnen und Bewohner verbrauchen. Im Gerätebereich sind auf dem heutigen Technologiestand Einsparungen von 40 bis 70 Prozent möglich. Vergütungssätze für Photovoltaikanlagen (PV) werden zum zweiten Mal gesenkt werden können, weil die Preise innerhalb von drei Jahren bis zu 30 Prozent gesunken sind. Der Wärmeverbund Langnau zeigt eindrücklich, wie lokale und erneuerbare Energieträger (Holz) sinnvoll für eine dezentrale Wärmeversorgung eingesetzt werden können. Davon profitiert nicht nur die Umwelt, sondern auch die regionale Wirtschaft.

Eine nachhaltige Energieversorgung ist möglich. Dazu braucht es jedoch gute Rahmenbedingungen und den Druck des Atomausstiegs. Die Stimmbürgerinnen und Stimmbürger des Kantons Bern können beides machen: Durch die Zustimmung zum neuen Energiegesetz im Mai 2011 die Rahmenbedingungen für Effizienz und Erneuerbare verbessern und mit einem Nein zum Neubau AKW Mühleberg am 13. Februar 2011 den Druck für eine verantwortungsvolle Energiezukunft erhöhen.



"HIS MASTER'S VOICE"

Mit dem Sämi vom Eggwil absolvierte ich anfangs der Achtzigerjahre meinen letzten militärischen Ergänzungskurs. Als Landsturmsoldaten durften wir im Waadtland ein strategisch wichtiges Objekt verteidigen. In Echallens waren wir einquartiert. Da uns der Feind vierzehn Tage lang in Ruhe liess, kamen wir abends in der gemütlichen Dorfbeiz regelmässig zum Jassen. Sämi war ein raffinierter

## «Komeschi Cheibe»

Spieler und erleichterte mich um manches Fränkli. Seinen Gewinn investierte er meist in einen währschaften Imbiss. Ohne die Tabakpfeife aus dem Mund zu nehmen, bestellte er «äs Iklemmts u-n-äs Bier». Die Serviertochter verstand natürlich «Bahnhof», und ich musste den Dolmetscher spielen. «D'accord» quittierte sie mit einem charmanten Lächeln und trippelte mit dem Auftrag Richtung Buffet. Sämi war höchst erstaunt, welch komplizierten Aufwand man hier im Welschen betreiben musste, um zu einer einfachen Zwischenverpflegung zu kommen, und er raunte mir zu: «Das si aber komeschi Cheibe hie unge – wee öppis verchoofe u chö nid emau Dütsch».

Sämi war ein sympathischer und friedfertiger Dienstkollege. Mit wachem Geist sog er alles in sich, was für ihn neu und aussergewöhnlich war und verglich das Erlebte mit den Sitten und Bräuchen zu Hause. Ausser für die befohlenen «Bundesferien» verliess er sein Eggwil kaum. Ihm ist es nicht zu verargen, dass ihn Personen, die eine andere Sprache reden oder nicht die «typisch oberemmentalische Kopfform» besitzen, etwas irritieren. Leider ist es für rechtspopulistische Politiker ein Leichtes, den erklärbareren engen Blickwinkel von Leuten wie Sämi auszunutzen und mit fieseren Verallgemeinerungen über Menschen anderer Kulturkreise Ängste zu schüren. Mit dem Ziel, bei Wahlen die Stimmen der «bodenständigen Cheiben» zu ergattern.

*Marcel Schneider*

# JA zur Grossratsvorlage – Nein zum Volksvorschlag

Auf kantonaler Ebene fällen wir am 13. Februar einen ökologisch und finanzpolitisch wichtigen Entscheid über die Revision der Motorfahrzeugsteuern.

Der Grossrat hat eine Vorlage ausgearbeitet, welche Klimaschutz und Steuersenkung auf clevere Weise verbindet. Sie ergänzt die Besteuerung der Straßenfahrzeuge mit einem Anreizsystem in Form von Vergünstigungen und Zuschlägen beim Kauf von neuen Personewagen. Dazu führt die Revision zu



Markus Meyer,  
Rechtsanwalt,  
Dr. iur., Roggwil

SP-Grossrat und u.a. Präsident der SP Oberaargau, des Bernisch-Kantonalen Fischereiverbandes BKFV und des Polizeiverbandes Kanton Bern

einer generellen Steuersenkung von 5,6 % für alle Fahrzeughalterinnen und Fahrzeughalter.

Als Gegenvorschlag zur Vorlage des Grossen Rates haben Garagisten-Kreise den Volksvorschlag «Steuerliche Entlastung der Strassenfahrzeuge im Kanton Bern» eingereicht. Dieser verlangt eine generelle Steuersenkung für alle Fahrzeughalterinnen und Fahrzeughalter um 33,3 % und sogar um 50% für Händlerschilder. Eine ökologische Komponente fehlt. Im Gegenteil: der Volksvorschlag macht unseren Kanton zum Steuerparadies für Off-Roader.

## Ökologische Wirkung

Im Kanton Bern gibt es rund 485'000 Personewagen. Durch die Umsetzung der Vorlage des Grossen Rates reduzieren sich die CO2-Emissionen um zirka 20 000 Tonnen jährlich. Die Gesetzesänderung setzt ein Zeichen gegenüber den Käuferinnen und Käufern von neuen Motorfahrzeugen. Diese sollen beim Kauf von energieeffizienten, ökologischeren Neufahrzeugen für ihren Beitrag an die Umwelt steuerlich entlastet werden.

Dies wird erreicht, indem zusätzlich zu den bereits heute angewendeten Bemessungskriterien (Gesamtgewicht, Anzahl Tage der Zulassung zum Verkehr) die auf eidgenössischer Ebene festgelegten Energieeffizienz-kategorien beim Verkauf von Neufahrzeugen zur Anwendung gelangen.

Kurz gesagt: ein energieeffizientes Fahrzeug

kriegt einen befristeten Steuerrabatt, eine Dreckschleuder dagegen einen Zuschlag.

## Finanzpolitische Komponente

Ich bin seit 1998 Mitglied des Grossen Rates. In dieser Zeit haben wir eine ganze Reihe von Steuersenkungen vorgenommen. Wir haben die Einkommens- und Vermögenssteuern reduziert. Wir haben die Erbschaftssteuer und die Pfandrechtssteuer ganz oder teilweise abgeschafft. Und gleichzeitig haben wir die Schulden des Kantons gesenkt. Das ging zwar manchmal an die Substanz, überrassene Forderungen allerdings wurden vom Volk oder vom Parlament versenkt. Nun stehen wir vor einem weiteren solchen Schritt.

Wegen der schwierigen finanzpolitischen Aussichten hat der Regierungsrat die Erarbeitung eines Sparpaketes in der Grössenordnung von 200 Millionen Franken beschlossen. Sollte der Volksvorschlag angenommen werden, so fehlen dem Kanton jedes Jahr 120 Millionen Franken. Unverantwortlich. Das hätte Auswirkungen auf unser Gesundheitssystem, auf die Bildung, auf die Sicherheit und auf unsere Infrastrukturen.

Die Erträge der Motorfahrzeugsteuer werden hauptsächlich für den Bau, Betrieb und Unterhalt der Strassen verwendet. Weniger Mittel gefährden wichtige Strassen- und Erneuerungsarbeiten sowie wichtige Ausbauprojekte wie Lärmschutz-, Verkehrssicherheits- und Langsamverkehrsmassnahmen. Ganz nebenbei: Wie sollen die von vielen bürgerlichen Politikern geforderte Zufahrt Emmental oder der Autobahnzubringer Oberaargau realisiert werden können, wenn wegen dem Volksvorschlag nicht einmal der

ordentliche Strassenunterhalt sichergestellt ist?

Die Gemeinden sind am Ertrag der Motorfahrzeugsteuern beteiligt. Weniger Motorfahrzeugsteuern heisst auch weniger Mittel für den Unterhalt der Gemeindestrassen. Fehlt das Geld, so müssen – unwahrscheinlich – die Steuern erhöht werden oder man spart – wahrscheinlich – am Unterhalt der Infrastrukturen. Als langjähriger Gemeinderat weiss ich: solche Sparübungen gehen zulasten der kommenden Generationen, somit zulasten der künftigen Steuerzahler.

## Vorlage des Grossen Rates als Brücke

Die Ecotax-Vorlage beinhaltet eine wichtige ökologische Komponente, welche praktisch haushaltsneutral ist. Dazu kommt eine Reduktion der Grundsteuer von 36 Rappen auf 34 Rappen pro Kilogramm Gesamtgewicht vor. Dies entspricht einer Senkung der Steuern um 5,6 Prozent für alle. Der dadurch entstehende jährlich wiederkehrende Steuerausfall beträgt 20 Millionen Franken. Das erachte ich als finanzpolitisch verkraftbar.

Die Abstimmungs-Frage ist also ganz einfach: Wollen wir die Motorfahrzeugsteuern für alle massiv und ökologisch senken oder wollen wir Garagiers und Off-Roader-Piloten übermässig beschenken? Für die überwiegende Grossratsmehrheit, für alle Parteien ausser der einen und auch für mich ist der Fall klar. Grossratsvorlage: Ja, Volksvorschlag: Nein, Stichfrage: Grossratsvorlage. Diese ist die Brücke zwischen der heutigen Regelung und dem Volksvorschlag.

## Unglaubliche Wendehälse

Am 19. November 2009 hiess der Grosse Rat die Teilrevision zur Besteuerung der Strassenfahrzeuge mit 105:22 Stimmen gut. Nur drei Mitglieder der SVP-Fraktion lehnten das Gesetz ab. Kommissionspräsident Christian Hadorn (SVP) setzte sich mit flammenden Voten vehement für die Vorlage ein. Ein paar Wochen später fand sich der feurige Befürworter im Referendumskomitee wieder und kämpfte an vorderster Front für den Volksvorschlag. 20 Millionen Franken Steuerausfälle pro Jahr beschert die Grossratsvorlage, 120 der Volksvorschlag. Das hinderte die geschlossene SVP-Fraktion am 25. November 2010 nicht daran, dem Volksvorschlag im Grossen Rat zuzustimmen. Nur einzelne

SVP-Mitglieder der Finanzkommission enthielten sich der Stimme und erinnerten sich an ihr finanzpolitisches Gewissen. Was vor einem Jahr noch gelobt wurde, heisst nach SVP-Manier nun «Autofahrer als Milchkühe des Staates» zu melken. Die gleichen Kreise, welche auf dem Land jammern und Leistungskürzungen des Staates (z.B. ÖV, Spitäler, Schulen) beklagen, nehmen zusätzliche Einnahmenverluste für den Kanton von jährlich 100 Millionen Franken (2/3 Steuerzehntel) locker in Kauf und reiben sich dann erstaunt die Augen, wenn Leistungen in ländlichen Gebieten wegfallen. Solche Politik verdient keine Unterstützung.

Bernhard Antener

## Abstimmungsparolen

für den 13. Februar 2011

<b>Bund</b>	
Initiative für den Schutz vor Waffengewalt	<b>JA</b>
<b>Kanton</b>	
Rahmenbewilligungsgesuch Ersatz KKW Mühleberg	<b>NEIN</b>
Gesetz über die Besteuerung der Strassenfahrzeuge	
– Vorlage des Grossen Rates (Ecotax)	<b>JA</b>
– Volksvorschlag	<b>NEIN</b>
Stichfrage: Falls Grossratsvorlage und Volksvorschlag angenommen werden	<b>Kreuz bei der Grossratsvorlage</b>
Ersatzwahl für den Ständerat	<b>Ursula Wyss, SP</b>

FÜR GESUNDES LIEGEN + SITZEN  
BETTENHAUS  
**Lehmann**  
ALLEESTRASSE 1 • 3550 LANGNAU • TEL. 034 402 19 39  
WWW.BETTENHAUS-LEHMANN.CH  
FREITAG OFFEN BIS 21.00 MONTAG GESCHLOSSEN  
BETTEN    SCHRÄNKE  
VORHÄNGE    BODENBELÄGE

**Fennella**  
www.gp-solar.ch  
Heizung • Sanitär • Energie  
Steuer-, Leit- und Regeltechnik  
G. Pennella  
Thunstrasse 2, CH-3532 Zäziwil / Bowil  
Tel. 031 711 28 02, Natel 079 444 73 17, info@gp-solar.ch  
PAT.CH 690 308  
GP-Solar

WALTER SCHMOCKER WEINE  
**VINOTHEK**  
KIRCHGASSE 9, 3550 LANGNAU IM EMMENTAL  
TEL. 034 402 36 40 FAX 034 420 56 21  
FREITAG 17-21 UHR, SAMSTAG 10-12/13.30-16 UHR

**Gewerkschaft und Arbeitslosenkasse in deiner Nähe**  
**Unia Region Oberaargau-Emmental:**  
Mühlegässli 1, 3550 Langnau i.E.  
T 034 402 78 41, langnau@unia.ch  
**Gemeinsam erreichen wir mehr.**  
www.unia.ch, www.alk.unia.ch

Ist das nötige Geld vorhanden, ist das Ende meistens gut.  
(Bertolt Brecht)  
**Abrakadabra Treuhand**  
RENATO GIACOMETTI  
Treuhandler mit eidg. FA  
Hühnerbach 221 3550 Langnau  
Tel. 034 497 32 61  
mail@abrakadabra-treuhand.ch

**malerei**  
Hanspeter Haldemann  
Obermatt 408 • 3550 Langnau  
Tel. 034 402 51 23

**Ihr Inserat im links i.E.**  
Auflage: 1200 Ex., erscheint vierteljährlich

1/18-Seite:	4x 160.–			
1/8-Seite:	1x 100.–	2x 190.–	3x 270.–	4x 350.–
1/4-Seite:	1x 190.–	2x 360.–	3x 510.–	4x 680.–
1/2-Seite:	1x 360.–	2x 700.–	3x 980.–	4x 1300.–

**links i.E.** Postfach 569, 3550 Langnau

**Hauptversammlung SP Langnau**  
Mittwoch, 16. März 2011, Rest. Bären  
18 Uhr HV, 19.15 Uhr Fondue-Essen  
Gast:  
**Regierungspräsident Dr. PHILIPPE PERRENOUD**  
Gesundheits- und Fürsorgedirektor des Kantons Bern

**Schürch Massivmöbel**  
3550 Langnau, Tel. 034 402 20 37, Fax 034 402 31 17  
www.martin-schuerch.ch mail@martin-schuerch.ch  
Massivmöbel aus eigener Werkstatt  
AJRO NATURFARBEN Regulatorien

**Pizza-Kurier LANGNAU**  
Hinterdorfstrasse 24  
Offen: Montag-Freitag, 10.00 bis 13.30 Uhr, 17.00 bis 23.00 Uhr, Samstag, 10.00 bis 23.00 Uhr, Sonntag, 17.00 bis 23.00 Uhr.  
Gratisauslieferung ab  
Fr. 16.– (Zone Langnau); Fr. 18.– (Emmenmatt, Bärau)  
Fr. 20.– (Signau, Trubschachen, Zollbrück)  
Fr. 30.– (Aeschau, Ramsei, Steinen, Bowil)  
Fr. 40.– (Trub Dorf, Krüschbrunnen)  
**034 408 80 80**

**www.neuesicht.ch**  
Coaching, Supervision, Teamentwicklung, Organisationsberatung  
Die gezielte Beratung im beruflichen oder persönlichen Umfeld für Einzelpersonen, Gruppen, Institutionen.  
**Mediation**  
die professionelle Vermittlung in Konfliktsituationen  
Ich freue mich auf Ihre Anfrage  
Christina Schilt-Rutishauser  
Lenggenweg 40, CH-3550 Langnau +41 79 796 66 70  
c.schilt@gmx.ch

Kleiner Gemeinderat

Bernhard Antener Fansrütistrasse 19 3550 Langnau Tel. 034 402 22 68 bernhard@anteners.ch Gemeindepräsident/Grossrat	Verena Gertsch Oberstrasse 54 3550 Langnau Tel. 034 402 51 93 verena.gertsch@bluewin.ch Öffentliche Sicherheit/Verkehr	Renate Strahm Mooseggstrasse 8 3550 Langnau 034 402 52 91 renate.strahm@gmx.ch Bildung
--	---	---

Grosser Gemeinderat

Kommission/Gremium

Telefon Mail

Hannes Kobel	Fraktionsleit., Planungskomm.	034 402 75 87	quattroko@datacomm.ch
Susanne Kölbl	Finanzkommission	034 402 73 00	susanne.koebli@dorfberg.ch
Daniel Liniger	GPK, Planungskomm.	034 402 52 17	daniel.liniger@bkw-fmb.ch
Niklaus Müller		034 402 18 77	mueller.niklaus@bluewin.ch
Kimet Rashiti		034 402 62 13	info@rashiti.ch
Silvia Röthlisberger	GPK, Vorstand	034 402 36 55	silvia.roethlisberger@buedis.ch
Adrian Schranz		034 402 22 29	adrian.schranz@gmx.ch
Brigit Schuler Frank		034 402 26 52	br.schuler@gmx.ch
Martin Wüthrich	Komm. öff. Sicherheit, Sportkommission	034 402 86 20	m.wue@sunrise.ch

Parteivorstand

Ruth Antener	Kassierin	034 402 22 68	ruth@anteners.ch
Martin Jäggi	PR/Kommunikation	034 402 62 16	jaeggi.martin@gmx.ch
Barbara Maurer	Beisitzerin, Frauenanliegen	034 402 55 20	maurerbarbara@bluewin.ch
Nazim Rexhepi	Migration	034 402 53 31	nazim.rexhepi@unia.ch
Tom Schilt	Mitgliederadministration	034 402 38 44	schilt.tom@gmail.com
Uta Wütherich	SeniorInnenbetreuerin	034 402 48 93	u.w.41@bluewin.ch
Stefan Wüthrich	Finanzk., Gewerkschaften	034 402 59 96	stefan.wuethrich@unia.ch

Gewerkschaften

Unia Oberaargau- Emmental	Mühlegässli 1	034 402 78 41	langnau@unia.ch www.bern.unia.ch
------------------------------	---------------	---------------	-------------------------------------

Impressum

**links i.E.**

Postfach 569, 3550 Langnau  
Die Stimme der SP Langnau und  
der Gewerkschaften ertönt  
vierteljährlich.  
Auflage: 1200 Ex.  
Redaktion: Niklaus Müller, ständige  
Autoren: Bernhard Antener, Martin  
Jäggi, Marcel Schneider, Stefan  
Wüthrich  
Fotos: zvg  
Layout/Gestaltung: PUBLIFORM  
Hanspeter Buholzer  
Druck: Tanner Druck AG, Langnau

**ANLÄSSE**

Di 1. Feb	Fraktionssitzung
Mo 7. Feb	GGR
Sa 26. Feb	Parteitag SP Kt. Bern in Burgdorf
Mo 14. März	Fraktionssitzung
Mi 16. März	18 Uhr: Hauptversammlung SP Langnau, 19.15 Uhr: SP-Fondue-Essen mit Philippe Perrenoud Rest. Bären (Einladung mit Anmeldetalon folgt)
Sa 19. März	Fasnacht i.E.
Mo 21. März	GGR
Do 24. März	SP Grossrats-Fraktionssitzung in Langnau

Herzlichen Dank für all die Spenden, die auf  
unser Postcheckkonto 30-27704-1 eingegan-  
gen sind. Sie ermutigen uns, auch weiterhin  
für ein klares, soziales Langnau einzustehen.  
*Ihre Links-Macher*

**WIR GRATULIEREN**

- 13. Januar** *Zürcher Alfred (77)*
- 26. Januar** *Schöni Werner (85)*
- 6. März** *Schütz Lena (90)*
- 16. März** *Antener-Hofer Fritz (78)*
- 29. März** *Steiner Elisabeth (77)*
- 18. April** *Pauli Hans (88)*

Allen JubilarInnen gratulieren wir recht herzlich und wünschen gute  
Gesundheit und Lebensfreude. *Vorstand SP Langnau*

